



Hilfe für benachteiligte Schüler im Osten Deutschlands

1. Im Jahresbericht 2025 veröffentlicht die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Frau Elisabeth Kaiser (SPD), folgende Stellungnahme zu dieser Problematik (Berliner Zeitung 02.10.2025):
„...Auch 35 Jahre nach der deutschen Vereinigung haben junge Menschen aus Ostdeutschland nach Einschätzung der Ostbeauftragten...schlechtere Startchancen als Westdeutsche. Eine Herkunft aus Ostdeutschland bedeutet überdurchschnittlich oft ein Aufwachsen in Familien mit niedrigem Einkommen und wenig oder gar keinem Vermögen. Diese Erfahrung prägt den Lebensweg vieler Ostdeutscher bis weit ins Erwachsenen-Alter“. Und weiter: „In heiklen Lebensphasen wie etwa beim Start in die berufliche Selbstständigkeit, bei Studienfachwechseln oder der Familiengründung könnten sich Ostdeutsche viel seltener auf finanzielle Unterstützung durch die Eltern verlassen als Westdeutsche.“ Die SPD-Politikerin fordert Startbedingungen für junge Menschen aus weniger wohlhabenden Elternhäusern zu verbessern und über neue Möglichkeiten der Vermögensbildung zu diskutieren. „Diese Nachteile für die Heranwachsenden sind insbesondere in Kleinstädten und ländlichen Regionen Ostdeutschlands besonders ausgeprägt. Ein Grund sei die Alterung der Bevölkerung in diesen Regionen. Die soziale Interaktion mit der Peer-Group wird außerhalb der Schulbesuchszeiten immer schwieriger, zumal der ÖPNV nur alle paar Stunden verkehrt. Oft fehle dann schlicht die kritische Masse an Jugendlichen, die es eigentlich braucht, um sich von der älteren Generation zu emanzipieren und vor Ort eigene Ideen und Projekte in die Tat umzusetzen. Die Folge ist, dass viele ihre Heimat verlassen. Es sind Bedingungen zu schaffen, die Lust auf Bleiben machen, so u. a. die Einrichtung von mehr Treffpunkten für Begegnungen und Austausch mit Gleichaltrigen. Kaum etwas entfacht so starke Bindungskraft wie enge Freundschaften.“
2. Diese Situation in - vor allem ländlichen Gebieten in Ostdeutschland – ist u.a. auch die Ursache für die zunehmende Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss.
3. Ein weiteres, zunehmend steigendes Problem unter den Jugendlichen ist die Tatsache, dass nicht wenige von Ihnen unter den Folgen der s.g. „Covid-Pandemie“ leiden, an „Post-Covid“ oder an „Long-Covid“ – was immer das ist. Folglich können diese Schüler nur bedingt an den Unterrichtsstunden an allen Schultagen dem Unterricht folgen oder in schlimmen Fällen gar nicht teilnehmen. Deshalb werden in städtischen Ballungsgebieten Forderungen laut – bis hin zu Gerichtsprozessen (siehe Berliner Zeitung vom 27. Oktober 2025, Seite 2) – gesonderte Klassen für „Post-Covid-Schüler“ einzurichten. In ländlichen Räumen ist das schon aus technischen Gründen nicht möglich und aus der Sicht von MITI auch nicht notwendig, da es ganz andere, sinnvollere Möglichkeiten gibt.
4. Die Gesamtheit dieser Umstände haben MITI in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister der Stadt Müncheberg (LK „Märkisch-Oderland“, Bundesland Brandenburg), Herrn Fritz-Georg Streichert, auf der Basis einer Kooperationsvereinbarung zwischen beiden Einrichtungen veranlasst, noch im Jahre 2025 mit Maßnahmen zur Unterstützung der Schüler zu beginnen, um zu erreichen, dass am Schuljahresende 2026 in den Schulen dieser Kommune kein Schüler und keine Schülerin auf Grund von äußeren Umständen das Klassenziel verfehlt. Die Erfolge dieser Maßnahmen werden dann als Vorbild für die Schulen anderer Kommunen im ländlichen Raum, zunächst in Ostbrandenburg, dienen.

F. d. R.
Prof. Dr. Edgar Klose
Vorsitzender des Vorstandes MITI